

# APD INFORMATIONEN DES ADVENTISTISCHEN PRESSEDIENSTES

Adventist Press Service  
ZENTRALAUSGABE FÜR DEUTSCHLAND

2/2008  
Februar 2008  
25. Jahrgang

## Aus dem Inhalt:

Deutschland	Bundesregierung bescheinigt Advent-Wohlfahrtswerk Seriosität	Seite 1
	Wirtschaftliche Interessen nicht über Schutz von Menschen stellen	Seite 2
	35.925 Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland	Seite 3
	„Nacktetatsachen“ – Ausweg aus Pornografieabhängigkeit	Seite 4
	Klischees im Verhältnis zum Islam überwinden	Seite 5
	Freikirchen gegen weitere Kampftruppen in Afghanistan	Seite 6
	Deutsche Evangelische Allianz: „Beck führt eine Kampagne“	Seite 6
	Kein EU-Beitritt der Türkei ohne Religionsfreiheit	Seite 7
Weltgebetstag der Frauen mit Liturgie aus Guyana	Seite 8	
International	Vorlesung von Moltmann an adventistischer Fachhochschule in Florenz	Seite 9
	Anglikaner und Adventisten künftig bei der EU	Seite 10
	Adventistischer Kirchenleiter ruft zu Frieden im Tschad auf	Seite 11
	Kirchen in Kenia leisten Friedensarbeit	Seite 11
	Milliardär spendet für adventistische Universität	Seite 13
Zentralausschuss des ÖRK	Ökumenischer Rat nimmt neue Mitgliedskirchen auf	Seite 14
	„Liberales Christentum wird nicht lange überleben“	Seite 14
	Internationale Ökumenische Friedenskonvokation 2011 auf Jamaika	Seite 15
	ÖRK-Generalsekretär Kobia verzichtet auf Wiederwahl	Seite 17
ADRA	Eisige Kälte bedroht Menschen im Norden Afghanistans	Seite 17
	Weiterhin Hilfe für von Unruhen betroffene Kenianer	Seite 18
	Sanitäranlagen für Flüchtlinge	Seite 19
Rundfunk	Radiolizenz für „Stimme der Hoffnung“	Seite 19
	30 Jahre adventistisches Radio in Österreich	Seite 20
Bibel	Erste vollständige Bibel in Sérère	Seite 20

## Impressum:

Der Adventistische Pressedienst (APD) ist eine Einrichtung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, Körperschaft des öffentlichen Rechts.

- Herausgeber: Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland,  
Heidelberger Landstraße 24, 64297 Darmstadt
- Redaktion: APD-Zentralredaktion Deutschland  
Postfach 4260, 73745 Ostfildern  
Senefelderstraße 15, 73760 Ostfildern-Ruit  
Telefon (0711) 4 48 19-14, Telefax (0711) 4 48 19-60,  
E-Mail: info@apd.info  
Holger Teubert (verantwortlich), Dr. Wolfgang Tulaszewski (stellvertretend), Martin Glaser, Erich Lischek, Brunhilde Teubert
- Erscheint: Monatlich und zu aktuellen Anlässen.
- Druck: Grindeldruck GmbH, Grindelberg 13-17, 20144 Hamburg  
Als Manuskript gedruckt.
- Bezugspreis: Privatabonnements 50,00 jährlich (inkl. Porto).
- Redaktionelle Zusammenarbeit: APD Schweiz, Redaktion, Postfach 136, CH - 4003 Basel  
Telefon (+41 [0] 61) 261 61 15, Telefax (+41 [0] 61) 261 61 18  
E-Mail: APD@stanet.ch  
Christian B. Schäffler (verantwortlich)
- Adventist News Network (ANN), 12501 Old Columbia Pike, Silver Spring, Maryland 20904-6600, USA  
Telefon (+1 301) 680 6306, Telefax (+1 301) 680 6312  
E-Mail: adventistnews@gc.adventist.org  
Ray Dabrowski (verantwortlich)
- APD-INFORMATIONEN online: <http://www.apd.info>

Alle Texte können veröffentlicht werden. Bei Veröffentlichung der Texte bitten wir um Quellenangabe „APD“ und um Belegexemplar.

Konten:	Postbank Stuttgart	Konto Nr. 171 19-707	(BLZ 600 100 70)
	Stuttgarter Bank	Konto Nr. 227 385 004	(BLZ 600 901 00)



Die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten ging aus der Erweckungsbewegung des 19. Jahrhunderts hervor. Gegenwärtig zählt sie über 15,4 Millionen erwachsene Mitglieder und mehr als 25 Millionen Gottesdienstbesucher in 203 Staaten der Erde. In Deutschland sind 36.000 Mitglieder in 578 Gemeinden organisiert. Ihre einzige Glaubensgrundlage ist die Bibel.

---

## Deutschland

### Bundesregierung bescheinigt Advent-Wohlfahrtswerk Seriosität

Berlin/Hannover, 26.02.2008/APD Der Bundestagsabgeordnete von Bündnis 90/Die Grünen, Volker Beck (Köln), hat im Januar zusammen mit weiteren Abgeordneten seiner Fraktion eine „Kleine Anfrage“ an die Bundesregierung wegen „antihomosexueller Seminare und pseudowissenschaftlicher Therapieangebote religiöser Fundamentalisten“ gerichtet. In diesem Zusammenhang wollten die Parlamentarier auch wissen, welche Erkenntnisse die Bundesregierung über die Durchführung oder Empfehlung von antihomosexuellen Veränderungsmaßnahmen durch bestimmte Organisationen, unter anderem vom Advent-Wohlfahrtswerk (AWW), habe und wie sie zu beurteilen seien. Außerdem wollten die Abgeordneten in Erfahrung bringen, welche materiellen Unterstützungen diese Einrichtungen von staatlicher Seite erhielten.

In der Antwort des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stellt der Parlamentarische Staatssekretär, Dr. Hermann Kues, am 11. Februar klar, dass es sich beim AWW um eine seriöse Organisation handele. Wörtlich heißt es: „Das ‚Advent-Wohlfahrtswerk‘ ist das Sozialwerk der Gemeinschaft der Siebenten-Tags-Adventisten, einer evangelischen Freikirche, die in Deutschland ebenso wie weltweit tätig ist. Sie hat in Deutschland den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts (Art. 140 GG in Verbindung mit Art. 137 Abs. 5 WRV) und ist Gastmitglied der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen und der Vereinigung Evangelischer Freikirchen.“ Außerdem bestätigte der Staatssekretär, dass das Suchtberatungszentrum Chemnitz des AWW seit Januar 2008 im Rahmen des Bundesmodellprojekts „Frühe Intervention bei pathologischem Glücksspiel“ anteilig mit Bundesmitteln gefördert werde.

Der Bundesgeschäftsführer des Advent-Wohlfahrtswerkes, Rainer Winkelhoch (Hannover), teilte dem Adventistischen Pressedienst (APD) mit, dass das AWW in den letzten Jahren zum Thema Homosexualität keine Veranstaltungen und Seminare durchgeführt oder Veröffentlichungen herausgegeben habe. Er wies darauf hin, dass das Wohlfahrtswerk laut Satzung (§ 2 Abs. 3) sich um hilfsbedürftige Menschen „ohne Unterschied von Konfession, Rasse und Weltanschauung“ kümmere. Deshalb sei das AWW in seiner gesamten Arbeit auch nicht als „manipulativ und extremistisch“ einzustufen. „Antihomosexuelle Seminare und pseudowissenschaftliche Therapieangebote“ gebe es nicht.

Im Gegensatz dazu habe laut Winkelhoch die Abteilung Behindertenhilfe des AWW während einer Fachtagung im Jahr 2006 Ergebnisse zum Thema „Behinderung und Sexualität“

erarbeitet, die einem religiösen Fundamentalismus entgegenstünden. Das Advent-Wohlfahrtswerk könne aufgrund seiner Geschichte, Satzung, Arbeitsauffassung und Einbindung in den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband (DPWV) nicht als religiös fundamentalistisch oder manipulativ extremistisch eingestuft werden.

Dr. Andreas Bochmann, Dozent für Ehe- und Lebensberatung im Fachbereich Christliches Sozialwesen der Theologischen Hochschule der Siebenten-Tags-Adventisten in Friedensau bei Magdeburg, bezeichnete die „Kleine Anfrage“ der Abgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen „als fragwürdig, diffamierend, unredlich und einer etablierten, sich für Frieden, Toleranz und Pluralismus einsetzenden Partei unwürdig“. Ohne Quellen oder auch nur Anhaltspunkte zu dokumentieren, würden Mutmaßungen und Fragen formuliert, die geeignet seien, den Ruf und den rechtlichen Status von christlichen Werken nachhaltig zu schädigen. Der Schwerpunkt der Arbeit des Advent-Wohlfahrtswerkes liege nicht bei der Beratung Homosexueller, sondern in Altenheimen, Kindergärten und anderen Sozialeinrichtungen sowie in der Suchtkrankenhilfe. Zum Thema Homosexualität gebe es keine Verlautbarung des AWW, die zu den Mutmaßungen in der „Kleinen Anfrage“ hätten Anlass geben können.

Das 1897 entstandene Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) betreut in Deutschland rund 40.000 bedürftige Menschen pro Jahr. Zu ihm gehören fünf Altenpflegeheime, zwei Einrichtungen „Betreutes Wohnen“, ein Seniorenwohnhaus, ein Behindertenwohnheim, vier Kindergärten, eine Fachklinik für Abhängigkeitskranke, ein Wohnheim für Suchtkranke, vier Suchtberatungsstellen, neun Suppenküchen, eine Kleiderkammer, zwei Lager für Spendengüter, ein Übernachtungshaus für wohnungslose Frauen, ein Integrationsnetz für Aussiedler, ein Helferkreis für Flüchtlinge und elf psychosoziale Beratungsstellen. (3.874 Zeichen)

#### Wirtschaftliche Interessen nicht über Schutz von Menschen stellen

Ostfildern bei Stuttgart, 26.02.2008/APD Bernd Wöhner (Ostfildern), Bundesgeschäftsführer des Deutschen Vereins für Gesundheitspflege (DVG), einer Einrichtung der Siebenten-Tags-Adventisten, hat die einstweilige Anordnung des Verfassungsgerichtshofs von Rheinland-Pfalz, dass für „inhabergeführte Einraumgaststätten ohne Beschäftigte“ das gesetzliche Rauchverbot nicht gilt, bedauert. Eine endgültige Entscheidung des Gerichts über die Verfassungsbeschwerden gegen das Gesetz stehe allerdings noch aus.

Wöhner könne ja verstehen, dass Raucher ihre Eckkneipe behalten wollten und Kneipenwirte ihre Kunden. Andererseits müsse die einstweilige Anordnung des Gerichts aber auch hinterfragt werden. Da Passivrauchen schädlich sei, würden Nichtraucher in solch einer Gaststätte weiterhin geschädigt. „Wenn Gerichte Ausnahmen vom Rauchverbot zulassen,

kommen demnächst aufgrund des Gleichbehandlungsanspruchs weitere Ausnahmen“, befürchtet Wöhner. Er finde es bedauerlich, dass wirtschaftliche Interessen über dem Schutz von Menschen stünden. Rauchen verursache in der Bundesrepublik jährlich etwa 140.000 unmittelbare Todesfälle, und weitere 3.300 Todesfälle seien auf das Passivrauchen zurückzuführen.

„Nikotin ist ein Suchtmittel, das abhängig macht“, gab Wöhner zu bedenken. „Deshalb wendet sich der DVG nicht nur gegen das Rauchen und lässt den Menschen allein, sondern bietet ihm auch Hilfe an, damit aufzuhören.“ Der 1899 gegründete Deutsche Verein für Gesundheitspflege „übernahm den 1959 von Adventisten in den USA entwickelten Raucherentwöhnungskurs ‚Fünf-Tage-Plan‘, der in Deutschland erstmals 1968 in Frankfurt/Main durchgeführt wurde.“ Damit hätte, so Wöhner, zum ersten Mal ein wissenschaftlich fundiertes Programm zur Raucherentwöhnung zur Verfügung gestanden. Seit 1994 gebe es die neue Version „Endlich frei!“ als Erweiterung des „5-Tage-Planes“ und dessen Anpassung an aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse. (1.746 Zeichen)

### 35.925 Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland

Ostfildern bei Stuttgart, 26.02.2008/APD 35.925 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten gab es am 31. Dezember 2007 in Deutschland. Das sind 97 weniger als im Jahr zuvor. Dazu kommen rund 8.800 Kinder und Jugendliche, die in Gruppen betreut werden. 666 Taufen und Aufnahmen in die Freikirche standen im letzten Jahr 525 Todesfälle, 231 Austritte und Ausschlüsse sowie vier Abwanderungen ins Ausland gegenüber. Die Zahl der Adventgemeinden erhöhte sich um sechs auf 578. Seit dem Tiefstand von 1989 mit 33.998 nahm die Mitgliederzahl bis 2005 wieder kontinuierlich zu. Der Rückgang im letzten Jahr ist laut Pastor Günther Machel (Ostfildern), dem Vorsitzenden der evangelischen Freikirche in Deutschland, hauptsächlich auf den nachlassenden Zuzug von Adventisten aus der ehemaligen Sowjetunion zurückzuführen.

Die Freikirche, die in jedem Bundesland eine Körperschaft des öffentlichen Rechts ist, hat acht regionale Kirchenleitungen (Vereinigungen), die zum Nord- und Süddeutschen Verband als überregionale Zusammenschlüsse gehören. Sie unterhält das Berliner Krankenhaus „Waldfriede“, die Theologische Hochschule Friedensau bei Magdeburg, das Schulzentrum Marienhöhe, Darmstadt, mit Gymnasium, Kolleg und Realschule, sowie sechs Grundschulen. Auch das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“, Alsbach-Hähnlein, mit Blindenhörbücherei und Internationalem Bibelstudien-Institut, sowie der Advent- und Saatkorn-Verlag, Lüneburg, stehen unter adventistischer Leitung. Das Advent-Wohlfahrtswerk (AWW) betreut rund 40.000 bedürftige Menschen pro Jahr. Zu ihm gehören fünf Altenpflegeheime, zwei Einrichtungen „Betreutes Wohnen“, ein Seniorenwohnhaus, ein

Behindertenwohnheim, vier Kindergärten, eine Fachklinik für Abhängigkeitskranke, ein Wohnheim für Suchtkranke, vier Suchtberatungsstellen, neun Suppenküchen, eine Kleiderkammer, zwei Lager für Spendengüter, ein Übernachtungshaus für wohnungslose Frauen, ein Integrationsnetz für Aussiedler, ein Helferkreis für Flüchtlinge und elf psychosoziale Beratungsstellen. Der Deutsche Verein für Gesundheitspflege (DVG) verfügt über 57 Regionalgruppen, die Seminare zur Gesunderhaltung (Prävention) sowie Raucherentwöhnungskurse anbieten. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland führt humanitäre Maßnahmen in aller Welt durch. (2.067 Zeichen)

### „Nacktetatsachen“ - Ausweg aus Pornografieabhängigkeit

Altena/Westfalen, 26.02.2008/APD „Pornosucht macht auch vor Christen nicht Halt“, betonte Phil Pöschl (Wien), Vorsitzender des Vereins „Nacktetatsachen“, beim 13. Online-Forum und Webmastertreffen von „staonline e.V.“ im adventistischen Bergheim Mühlenrahmede in Altena/Westfalen. Der Zugang zur Pornografie sei durch die Verbreitung breitbandiger Internetanschlüsse und die im Web mögliche Anonymität enorm gestiegen. Selbst härteste Pornos wären nur einen Mausklick weit entfernt. „Vielen Eltern ist nicht bewusst, wo ihre Kinder im Internet überall unterwegs sind.“ Pöschl habe selbst unter der Porno-Sucht gelitten, auch während er in christlichen Gemeinden mitarbeitete.

Um die Betroffenen direkt „vor Ort“ zu erreichen, arbeiten Pöschl und sein Team hauptsächlich über das Internet. Mittlerweile betreibt der Österreicher die Website [www.nacktetatsachen.at](http://www.nacktetatsachen.at) mit monatlich über 8.000 Besuchern. Dass der Bedarf nach Hilfe riesig sei, erlebe das Team immer wieder bei anonymen Umfragen: Etwa 50 Prozent der Männer, Familienväter wie Jugendliche, würden zugeben, in den letzten sechs Monaten aktiv Pornos angesehen zu haben. Auch zehn bis 20 Prozent der Frauen hätten mit Pornografie Probleme.

Der erhobene Zeigefinger helfe laut Pöschl Betroffenen gar nicht. Er treibe sie im Gegenteil tiefer in die Heimlichtuerei und damit in die Sucht. „Wichtig ist, dass wir Raum schaffen, damit die Menschen ihre Probleme ansprechen können, Verständnis finden und eine liebevolle Begleitung aus der Sucht bekommen.“ Auch Kirchen sollten ein sicherer Hafen werden, um das Thema anzusprechen, seien es aber leider nicht, beklagte er.

Phil Pöschl sieht die Schwerpunkte des Vereins in der Aufklärung über das Problem und in der ersten Hilfestellung für Betroffene. Dabei arbeite „Nacktetatsachen“ mit bestehenden Organisationen zusammen, die in der Seelsorge und im therapeutischen Bereich kompetent seien. Seine Arbeit sieht Pöschl als „Weiche“, die Betroffenen helfe, in den richtigen Weg aus der Sucht einzubiegen.

Das Forum des Vereins „staonline“ stand unter dem Motto „HotBlogMission – Online schreiben für Gott“. Mit relativ geringem Aufwand lernten Webmaster aus adventistischen Gemeinden ein Blog einzurichten und als Plattform für christliche Inhalte und interaktive Kommunikation zu betreiben. Außerdem gab es Workshops, wie „Einführung in die kirchliche Pressearbeit“ und „Arbeiten als Online-Redakteur“.

(2.125 Zeichen)

### Klischees im Verhältnis zum Islam überwinden

Lüneburg, 26.02.2008/APD Zur Überwindung von Klischees in der Auseinandersetzung mit dem Islam ruft der Präsident der Generalkonferenz (Weltkirchenleitung) der Siebententags-Adventisten, Pastor Jan Paulsen, im Editorial der März-Ausgabe der Gemeindezeitschrift „AdventEcho“ der deutschsprachigen Adventisten auf. „Die Komplexität der Beziehung zwischen Christentum und Islam soll keineswegs heruntergespielt werden. Tief sitzendes Misstrauen und oft sogar Feindschaft haben das vergangene Jahrtausend der Missverständnisse und Fehler geprägt. Beide Seiten sind dabei schuldig geworden“, meint Paulsen. Sich gegenseitig als gleichwertige Menschen zu akzeptieren, sei der wichtigste Schritt auf dem Weg zu persönlichen Beziehungen. „Diese sollten sich auf Fakten statt auf Klischeevorstellungen und auf eigene Kenntnisse sowie Erfahrungen, statt auf Schlagzeilen der Boulevardpresse gründen.“

In weiteren Beiträgen befassen sich adventistische Islam-Fachleute und kompetente Mitarbeiter der Adventistischen Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA in islamischen Gebieten mit der Einstellung und der Beziehung adventistischer Christen zu Muslimen. Fritz Neuberg und Frank Brenda, Mitarbeiter von ADRA Deutschland, erläutern, welchen Anteil der Westen an der Entwicklung des Islam habe und wie durch humanitäre Hilfe Menschen in islamischen Ländern als Freunde gewonnen werden könnten. Voraussetzung dabei sei, dass die kulturelle Prägung der Muslime berücksichtigt und geachtet werde.

Jerald Whitehouse, Leiter des islamischen Studienzentrums der Weltkirchenleitung der Siebententags-Adventisten auf Zypern, geht der Frage nach, was Adventisten und Muslime trenne, aber auch verbinde. Der Gründer des Zentrums und ehemalige Dozent am Newbold College in England, der Däne Dr. Boerge Schantz, erläutert, woher der islamische Fundamentalismus kommt. Fundamentalismus sei der Feind aller Religionen. So wie viele Muslime den islamischen Fundamentalisten grundsätzlich nicht zustimmten, sei der christliche Fundamentalismus, der weniger zu tödlichen Waffen greife, dafür sich verfeinerter sprachlicher oder schriftlicher Mittel bediene, ebenso für die meisten Christen inakzeptabel. Auf ganz praktische Prinzipien für den alltäglichen Umgang mit den moslemischen Nachbarn geht der gebürtige Türke und ehemalige Muslim Nevzat Alci ein, der nun als adventistischer Pastor in der Schweiz tätig ist.

(2.128 Zeichen)

### Freikirchen gegen weitere Kampftruppen in Afghanistan

Berlin, 26.02.2008/APD Gegen mehr Kampftruppen der Bundeswehr in Afghanistan haben sich die Vereinigung Evangelischer Freikirchen (VEF) und das Mennonitische Friedenszentrum Berlin gewandt. In einem offenen Brief an die Bundesregierung und die Abgeordneten des Deutschen Bundestages vertreten der VEF-Beauftragte am Sitz der Bundesregierung, Pastor Peter Jörgensen, und die Leiterin des Friedenszentrums, Pastorin Martina Basso, die Ansicht, dass die Not der Menschen in Afghanistan durch das militärische Eingreifen der NATO nicht gelindert worden sei. Der zivilgesellschaftliche Aufbau gelinge nur in ganz vereinzelt Ansätzen, und das Vertrauen der Menschen schwinde zusehends. „Die Aufstockung von Kampfverbänden führt nicht dazu, den Menschen eine wirtschaftliche Perspektive zu bieten.“ Ohne diese Perspektive werde es schier unmöglich für die Dorfältesten und Stammesführer, junge Männer davon abzuhalten, sich unter anderem in Pakistan zu Taliban-Kämpfern ausbilden zu lassen.

„In einem Land, das jahrzehntlang von Gewalt und Krieg erschüttert wurde, ist eine nochmalige Erhöhung der Truppenstärke und Waffenarsenale kontraproduktiv, weil es keine schnelle Gewalt-Lösung geben kann“, betonten Jörgensen und Basso. Vielmehr werde die Gewaltspirale weiter hochgeschraubt, so dass sie „in ähnliche Ausweglosigkeiten wie im Irak“ führen könne. Die Verfasser des offenen Briefes begrüßten, dass Verteidigungsminister Franz Josef Jung (CDU) die Forderung zurückgewiesen hat, Bundeswehreinheiten zu Kampfeinsätzen in den Süden Afghanistans zu schicken. Sie bitten die Bundesregierung, bei diesem Nein zu bleiben und die Anfrage der NATO nach zusätzlichen Kampftruppen abzulehnen. Notwendig seien eine Überprüfung des bisherigen Afghanistan-Engagements und die Verlagerung der Aktivitäten auf die zivile Konfliktbearbeitung.

Deutschland hat im Rahmen der Internationalen Schutztruppe ISAF gegenwärtig über 3.100 Soldaten in Afghanistan stationiert. Für die schnelle Eingreiftruppe sollen etwa 250 weitere Bundeswehrsoldaten mit Schützenpanzern und Mörsern im Norden des Landes zum Einsatz kommen, um norwegische Soldaten abzulösen. Die USA fordert von Deutschland auch die Entsendung von Truppen in den umkämpften Süden des Landes. Zur Zeit verfügt die ISAF in Afghanistan über rund 41.700 Soldaten aus 39 Ländern.

Zur Vereinigung Evangelischer Freikirchen zählen 14 Mitglieds- und Gastkirchen, die insgesamt 260.000 Mitglieder vertreten. (2.171 Zeichen)

### Deutsche Evangelische Allianz: „Beck führt eine Kampagne“

Bad Blankenburg, 26.02.2008/APD Gelebte und praktizierte Homosexualität entspricht nach Auffassung der Deutschen Evangelischen Allianz (DEA) nicht der schöpfungsgemäßen



Bestimmung des Menschen, sagte ihr Vorsitzender, Jürgen Werth, in einem Interview in den Mitteldeutschen Kirchenzeitungen. Er übte zudem scharfe Kritik an den Angriffen des Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen Volker Beck an einem Seminar, das während des jugendmissionarischen Kongresses „Christival“ vom 30. April bis 4. Mai in Bremen angeboten werden sollte.

Nach biblischer Aussage sei die praktizierte Homosexualität eine „Zielverfehlung“. Praktizierte Homosexualität könne deshalb keine „Schöpfungsvariante“ sein. Argumenten, nach denen die Stellen in der Bibel, die Homosexualität ablehnten, rein historisch seien und heute keine Gültigkeit mehr hätten, erteilte Werth eine Absage. „Der biblische Befund ist eindeutig und hat nichts an Gültigkeit verloren. ‚Seid fruchtbar und mehret euch und füllet die Erde und machet sie euch untertan.‘ Mit diesem Auftrag schickt Gott die Menschen in die Welt.“

Aus dieser biblischen Erkenntnis ergebe sich jedoch nicht die Ansicht, dass die Evangelische Allianz homosexuell empfindende Menschen ausgrenze oder diffamiere. „Ich bin froh, dass es in unserem Bereich zahlreiche Bewegungen gibt, die Menschen, die unter ihrer Neigung leiden, zu helfen versuchen. Wer solche Bewegungen diffamiert, nimmt Menschen, die sich verändern möchten, das Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung“, betonte Werth.

Der Allianz-Vorsitzende wies zudem die Kritik des Grünen Bundestagsabgeordneten Volker Beck an einem Seminar über Homosexualität zurück, das auf dem Jugendkongress „Christival“ angeboten werden sollte. Beck, der sich offen zu seiner Homosexualität bekenne, richte sich mit einer Kampagne gegen alle, die eine andere Position als die Schwulen- und Lesbenbewegung bezögen. „Nicht das ‚Christival‘ verstößt gegen den Minderheitenschutz, sondern die von Herrn Beck initiierte Kampagne“, sagte Werth. (1.802 Zeichen)

#### Kein EU-Beitritt der Türkei ohne Religionsfreiheit

Würzburg, 26.02.2008/APD Der Freiburger Erzbischof Robert Zollitsch erwartet von der Türkei die Gewährung voller Religionsfreiheit. Andernfalls könne das Land nicht der Europäischen Union beitreten, sagte der neu gewählte Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz nach der Frühjahrsvollversammlung in Würzburg. So wie die katholische Kirche in Deutschland für die Religionsfreiheit der Muslime eintrete, erwarte sie auch von muslimischen Ländern, dass sie den dort lebenden Christen die Ausübung ihrer Religion ermöglichen, erklärte Zollitsch gegenüber „Kathpress“. Über einzelne Umsetzungsschritte bis zu diesem Ziel könne geredet werden.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) und die katholische Deutsche Bischofskonferenz (DBK) haben die deutsche Regierung aufgefordert, der Türkei deutlich verstehen zu geben, dass sie in ihrem Streben nach EU-Mitgliedschaft nicht umhinkommen werde, den religiösen Minderheiten die Rechte zu gewähren, die von Muslimen in EU-Staaten als selbstverständlich in Anspruch genommen würden. Der Vorgänger von Zollitsch, Kardinal Karl Lehmann, und der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Wolfgang Huber, hatten gemeinsam betont, dass es für Christen in der Türkei keine Religionsfreiheit gebe.

„Von mir aus könnte man sogar in Rom eine Moschee bauen, die höher ist als der Petersdom“, hatte der Mainzer Bischof, Kardinal Lehmann, in einem Interview erklärt. „Aber ich möchte dann im Gegenzug auch nicht verhaftet werden, wenn ich in Saudi-Arabien eine Messe lese.“ Von einer freien Religionsausübung für Christen könne auch in der Türkei kaum die Rede sein. Dort gehe das Maß an Duldung sogar eher zurück. „Das bestärkt uns auch, künftig stärker in die Offensive zu gehen und für die Rechte religiöser Minderheiten einzutreten“, sagte Lehmann. (1.589 Zeichen)

#### Den Glauben weitergeben

Erzhausen bei Darmstadt, 26.02.2008/APD „Das Erbe weitergeben. Freikirchliche Konzepte zur Übermittlung von Glauben und Identität“, lautet das Thema der Frühjahrs-tagung des Vereins für Freikirchenforschung vom 7. bis 8. März auf dem Gelände der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg. Dabei führt Dr. Johannes Hartlapp (Friedensau) in die Shell-Studie 2006 „Jugend und Religion“ ein. Dr. Achim Härtner (Reutlingen) informiert über das Unterrichtswerk der Evangelisch-methodistischen Kirche. Dr. Peter Athmann spricht über „Freikirchen als Nachwuchskirchen“. Stefan Sigg (Friedensau) stellt die europaweite Jugendstudie der Siebenten-Tags-Adventisten „Value Genesis“ vor. Professor Dr. Michael Fricke (Universität Bamberg) behandelt das Thema „Kommunikation mit der christlichen Tradition“. Dr. Ulf Beiderbeck und Thomas Seibert erläutern das vom Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden für Jugendliche entwickelte Material. Weitere Informationen sind im Internet unter [www.freikirchenforschung.de](http://www.freikirchenforschung.de) zu finden. (936 Zeichen)

#### Weltgebetstag der Frauen mit Liturgie aus Guyana

Mainz, 28.02.2007/APD „Gottes Weisheit schenkt neues Verstehen“ lautet das Thema des diesjährigen Weltgebetstages der Frauen, der am Freitag, dem 7. März, stattfindet. Die Anleitung zum Gebet wurde diesmal von Christinnen aus Guyana erstellt. Das südamerikanische Land an der Atlantikküste gehört geschichtlich, wirtschaftlich und kulturell gesehen zur Karibik. Von den nur 750.000 Einwohnern haben die meisten afrikanische und indische Wurzeln. Die Ureinwohner (Amerindians) bestehen aus neun indianischen Völkern

und machen etwa acht Prozent der Bevölkerung aus. Guyana ist ein Entwicklungsland. 35 Prozent der Einwohner leben unterhalb der Armutsgrenze. Die Verfassung Guyanas garantiert die Religionsfreiheit. 52 Prozent sind Christen, 33 Prozent Hindus, neun Prozent Muslime und sechs Prozent Gläubige der Bahai-Religion. Dank für die Schönheit und Weisheit in der Schöpfung und die Bitte um Gottes Weisheit durchziehen die Gebetsordnung.

Zum Weltgebetstag gibt es neben einer Arbeitshilfe eine eigene Anleitung für den Kindergottesdienst und ein 300-seitiges Arbeitsheft mit Informationen über Guyana, Tipps zur Gottesdienstgestaltung, Ideen zur Vor- und Nacharbeit sowie Beispiele für die Verwendung der Kollekte. Bereits im letzten Jahr wurden drei Projekte in Guyana mit etwa 135.000 Euro unterstützt. Darunter waren ein Frauenhaus und Organisationen, die sich für wirtschaftliche Gerechtigkeit für Frauen und Bildungsprojekte für junge Mädchen anbieten. Die Kollekte 2007 betrug in Deutschland über drei Millionen Euro. Es sind die höchsten Spendeneinnahmen seit Beginn der Weltgebetstage in Deutschland 1949. Finanziert wurden im letzten Jahr 231 Projekte in 76 Ländern in Höhe von 2,5 Millionen Euro. Der in über 170 Ländern stattfindende Weltgebetstag geht auf das Jahr 1887 in Nordamerika zurück und wird seit 1949 auch in Deutschland von evangelischen, katholischen, orthodoxen und freikirchlichen Frauen begangen. Aufgrund von einer Million verkaufter Gottesdienstordnungen rechnen die Veranstalterinnen in Deutschland wieder mit mindestens einer Million Teilnehmerinnen beim Weltgebetstag der Frauen. (1.875 Zeichen)

## International

### Vorlesung von Jürgen Moltmann an adventistischer Fachhochschule in Florenz

Florenz/Italien, 26.02.2008/APD Der evangelische Theologe und emeritierte Professor Jürgen Moltmann hielt auf Einladung des Kulturzentrums für Human- und Religionswissenschaften (CECSUR) am 11. und 12. Februar Gastvorlesungen an der Theologischen Fachhochschule der Siebenten-Tags-Adventisten (Facoltà Avventista di Teologia) in Florenz. Bei der zweitägigen Lehrveranstaltung zum Thema „Theologie der Hoffnung – Leidenschaft für Gott“ ging es um die Frage, ob es sich bei der theologischen Lehre von den letzten Dingen um eine Vertröstung des Menschen auf ein Ende der Zeit oder um eine Gestaltung der Wirklichkeit aus der Kraft der Hoffnung handele.

Der 1926 in Hamburg geborene Befreiungstheologe war von 1967 bis 1994 Professor für Systematische Theologie an der Eberhard-Karls-Universität Tübingen. Davor lehrte er an

der Kirchlichen Hochschule Wuppertal. Zu Moltmanns bekanntesten Werken zählen „Theologie der Hoffnung“ (1964) und „Der gekreuzigte Gott“ (1972). 1994 wurde er mit dem Ernst-Bloch-Preis geehrt. Seine Ehefrau ist die feministische Theologin Elisabeth Moltmann-Wendel.

In seinem 1964 veröffentlichten Buch „Theologie der Hoffnung“ macht Jürgen Moltmann den Gott der Hoffnung als Lebenskraft christlicher Existenz und Gemeinschaft sichtbar. Es geht ihm darum, die Eschatologie aus ihrer traditionellen Randexistenz am Schluss der Dogmatik herauszulösen. Denn für Moltmann ist das Eschatologische das Medium des christlichen Glaubens, der von der Auferstehung Christi lebt und sich nach den universalen Verheißungen der Zukunft Christi ausstreckt. Moltmann bezeichnet die Eschatologie als die Erwartung des Kommens Gottes in dieser Welt zur Aufrichtung seines Reiches und seines Gerichtes und der Vollendung aller Sehnsüchte und Wünsche der Menschheit. Die Eschatologie sei nicht die negative Erwartung des Endes, sondern die positive Erwartung der Vollendung alles dessen, was Menschen auf fragmentarische Weise von Gott erfahren und erbitten.

Zum Abschluss der Seminarveranstaltungen fand am 12. Februar ein „Gespräch am Runden Tisch“ statt, an dem sich neben Jürgen Moltmann auch die Theologen Raffaele Volpe (Baptistenkirche), Pawel Gajewski (Waldenserkirche), Pietro De Marco (Universität von Florenz), Roberto Badenas (Bern/Schweiz) sowie Hanz Gutierrez (Adventistische Theologische Fachhochschule Florenz) beteiligten. (2.098 Zeichen)

#### Anglikaner und Adventisten künftig bei der EU

Brüssel/Belgien, 26.02.2008/APD Die anglikanische „Kirche von England“ (Church of England) und die Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten sind jetzt ebenfalls mit einem Repräsentanten bei den EU-Institutionen vertreten. Für die Anglikaner wird der Theologieprofessor Gary Wilton diese Aufgabe ab Mitte April wahrnehmen. Bereits seit dem vergangenen Jahr werden die drei Freikirchenleitungen der Adventisten in Europa (Bern, London und Moskau) bei den Europäischen Organisationen in Brüssel durch den Schweizer Pastor Herbert Bodenmann vertreten.

Bisher sind in Brüssel unter anderem die römisch-katholischen Bischofskonferenzen (COMECE), die Konferenz Europäischer Kirchen (KEK), das Ökumenische Patriarchat von Konstantinopel, das Moskauer Patriarchat, die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD), die Griechisch-Orthodoxe Kirche sowie der Europäische Jüdische Kongress (EJC) mit Repräsentanten vertreten. (836 Zeichen)

Adventistischer Kirchenleiter ruft zu Frieden im Tschad und Hilfe für Flüchtlinge auf  
N'Djamena/Tschad, 26.02.2008/APD Der Präsident der Siebenten-Tags-Adventisten in Nordkamerun, Pastor Allah-Ridy Kone (Maroua/Kamerun), hat in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen Kameruns zu Frieden und Stabilität im Nachbarland Tschad aufgerufen. Er bat für die Krisenregion zu beten und um internationale Hilfe für die Flüchtlinge. Aufgrund der zeitweisen Eroberung großer Teile der Hauptstadt N'Djamena durch Rebellen seien über 50.000 Tschader in den Norden Kameruns geflohen. Etliche von ihnen hätten Aufnahme in adventistischen Gemeindezentren in der Grenzstadt Kousseri gefunden. Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA kümmere sich um sie. Allerdings seien die Preise für Lebensmittel in der Region aufgrund des Zustroms von tschadischen Flüchtlingen dramatisch gestiegen.

Im Tschad stellte sich trotz des ungefährdeten Sieges bei den Präsidentschaftswahlen im Mai 2006 und den Erlösen aus dem Erdöllexport für das Regime von Präsident Idriss Déby keine politische Stabilität ein. Die vom Sudan unterstützte Rebellion im Osten des Landes konnte nur mit französischer Militärhilfe in Schach gehalten werden und behinderte die humanitären Operationen für die Flüchtlinge aus Dafur. Zudem kam es seit Oktober 2006 zu Auseinandersetzungen zwischen afrikanisch- und arabischstämmigen Einwohnern. Von den knapp zehn Millionen Einwohnern des Tschad sind 54 Prozent Muslime und 30 Prozent Christen (vor allem Katholiken). Auch gibt es Anhänger einheimischer Religionen. Im Land leben rund 2.300 erwachsen getaufte Siebenten-Tags-Adventisten in 44 Gemeinden. Das Verwaltungsgebäude der Freikirche in N'Djamena und das adventistische 43-Betten-Krankenhaus in Kelo sind bisher unversehrt. (1.562 Zeichen)

#### Kirchen in Kenia leisten Friedensarbeit

Nairobi/Kenia, 26.02.2008/APD Die christlichen Kirchen in Kenia bemühen sich nach Angaben des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Genf „mit aller Kraft, ihren Teil dazu beizutragen, damit das Land nicht in einen Genozid abgleitet“. Sie strebten eine langfristige Heilung an und seien dabei auf die fortdauernde Unterstützung internationaler Partner angewiesen.

In dem Vielvölkerstaat waren Ende Dezember nach dem auch international umstrittenen Wahlsieg von Präsident Mwai Kibaki gegen Oppositionsführer Raila Odinga schwere Unruhen ausgebrochen. Seither bekriegen sich unterschiedliche Volksgruppen und das Land droht in einem Bürgerkrieg zu versinken. Der Streit um den Machtanspruch zwischen den Lagern konnte bisher trotz intensiver Vermittlungsbemühungen nicht beigelegt werden. Nach Angaben des Kenianischen Roten Kreuzes kamen etwa 1.000 Menschen ums Leben,

über 300.000 Kenianer seien auf der Flucht. Einige Hilfswerke haben inzwischen wegen der instabilen innenpolitischen Lage ihre Arbeit im Land eingestellt.

#### Solidarität mit den kenianischen Kirchen

„Das Land befindet sich weiterhin am Rande eines Völkermords; dagegen werden die Kirchen auf verschiedenen Ebenen aktiv“, sagte der Generalsekretär des Nationalen Kirchenrates von Kenia (NCCK), Kanonikus Peter Karanja, gegenüber einer ÖRK-Delegation. „Die Menschen in Kenia wollen, dass ihre politischen Führer sich zum Frieden bekennen und ihre Meinungsverschiedenheiten beilegen. Dafür ist jedoch ein politischer Kompromiss nötig.“ Die siebenköpfige Delegation war vom 30. Januar bis 3. Februar in Kenia, um im Rahmen der vom ÖRK ins Leben gerufenen Initiative „Lebendige Briefe“ die Solidarität der internationalen ökumenischen Gemeinschaft mit den Kirchen in Gewaltsituationen zu bekunden. In Kenia führten die ÖRK-Kirchenvertreter Gespräche mit dem kenianischen Vizepräsidenten, Kalonzo Musyoka, da Präsident Mwai Kibaki zu dem Zeitpunkt am Gipfeltreffen der Afrikanischen Union in Addis Abeba (Äthiopien) teilnahm, sowie mit dem Parteichef und Präsidentschaftskandidaten der „Orange Democratic Movement“ (ODM), Raila Odinga.

Die Kirchen in Kenia forderten die Verantwortlichen der beiden größten Parteien, die sich in einer politischen Sackgasse befinden, auf, Gespräche miteinander zu führen. „Niemand ist unschuldig“, sagte NCCK-Generalsekretär Karanja, „Wir beten, dass der von Kofi Annan geleitete Vermittlungsprozess Früchte trägt“. Der frühere UNO-Chef Annan moderiert in Nairobi im Auftrag der Afrikanischen Union im Streit zwischen dem Präsidenten und dem Oppositionsführer.

#### Friedens-Vermittlung durch Interreligiöses Forum

Die Kirchen des Landes engagieren sich in einem „Interreligiösen Forum“ (IRF) für den Frieden und organisieren darüber hinaus persönliche Begegnungen zwischen leitenden Kirchenvertretern, die unterschiedlichen Volksgruppen angehören. An der ersten Begegnung am 30. Januar nahmen in Nairobi 25 Bischöfe verschiedener Konfessionen teil, die den Volksgruppen der Kalenjin und der Kikuyu angehörten. Am Forum beteiligen sich Vertreter der römisch-katholischen Kirche, evangelischer Kirchen, einschließlich der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten, afrikanischer unabhängiger Kirchen sowie der muslimischen und hinduistischen Gemeinschaft. Angesichts der Krise konzentriert sich das Forum in seiner Arbeit auf die Unterstützung politischer Vermittlungsbemühungen, die Bereitstellung humanitärer Hilfe, die Koordinierung einer landesweiten Gebetsbewegung und die Zusammenarbeit mit den Medien, um immer wieder Friedensaufrufe zu verbreiten.

### Christen an Plünderungen und Morden beteiligt

Der römisch-katholische Erzbischof der Hafenstadt Mombasa, Boniface Lele, rief die Kenianer eindringlich zum inneren Frieden auf und beklagte, dass das Land immer mehr in „ethnische Konflikte und Rache-Aktionen“ hinein gleite. Der Erzbischof zeigte sich schockiert, dass sich auch Christen „an Plünderungen und Morden“ beteiligten, und rief sie eindringlich zur Umkehr auf.

Der Generalsekretär des nationalen Kirchenrates (NCCK), Peter Karanja, wies darauf hin, dass die Heilung der Wunden, die durch die Krise entstanden seien, lange Zeit brauchen werde und Mittel erfordere, welche die Kapazitäten der kenianischen Kirchen überstiegen. „Alle, auch die Politiker, erwarten, dass die Kirchen eine wichtige Rolle bei der Versöhnungs- und Heilungsarbeit, bei der Wiederansiedlung der Vertriebenen und dem Aufbau von Vertrauen spielen werden.“ Dazu würde aber die umfassende und engagierte Unterstützung internationaler ökumenischer Partner benötigt, um diese Erwartungen zu erfüllen.

Kurzfristig gesehen, scheinen Gebete aber noch dringender zu sein. „Ihr müsst für uns beten, damit die Menschen wieder zur Vernunft kommen“, betonte der Vorsitzende des Interreligiösen Forums, Benjamin Nzimbi. „Wir müssen alles tun, damit Kenia wieder zur Normalität zurückfindet.“

Die ökumenische Delegation wurde während ihres Besuchs auch über die tief verwurzelten geschichtlichen Ursachen informiert, die dem gegenwärtigen Konflikt in Kenia zugrunde liegen. Zu den wichtigsten Problemen gehören ungerechte Landverteilung, Diskriminierung beim Zugang zu staatlichen Ressourcen, fehlende Chancengleichheit sowie vermeintliche oder reelle Privilegien für bestimmte ethnische Gruppen. „In Kenia wird niemals dauerhafter Friede herrschen, wenn diese grundlegenden Fragen nicht geregelt werden“, erklärte der Generalsekretär des NCCK. (4.742 Zeichen)

### Milliardär spendet für adventistische Universität

Kingston/Jamaika, 26.02.2008/APD Michael Lee-Chin, nach dem Forbes-Magazin einer der 500 reichsten Menschen der Welt, spendete im Januar knapp 1,5 Millionen US-Dollar (1 Million Euro) für den Ausbau der adventistischen Northern Caribbean University (NCU) auf Jamaika. Schon vor zwei Jahren spendete Lee-Chin, der unter anderem Vorsitzender der National Commercial Bank von Jamaika ist, zwei Millionen US-Dollar (1,37 Millionen Euro) für den Bau einer Krankenpflegeschule auf dem Gelände der NCU, in der 800 Krankenschwestern und -pfleger ausgebildet werden können. An der 1919 gegründeten Universität sind 5.600 Studenten in den Fachbereichen Betriebswirtschaft, Informatik,

Mathematik, Kommunikation, Englisch, Pädagogik, Geisteswissenschaften, Geschichte, Musik, Krankenpflege und Theologie eingeschrieben sind. (757 Zeichen)

## Zentralausschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) vom 13.-20. Februar 2008 in Genf/Schweiz

### Ökumenischer Rat nimmt neue Mitgliedskirchen auf

Genf/Schweiz, 26.02.2008/APD Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) zählt jetzt 349 Mitgliedskirchen. Der in Genf tagende Zentralausschuss des ÖRK nahm die Evangelische Kirche von Laos und die Unabhängige Presbyterianische Kirche von Brasilien auf.

Die Evangelische Kirche von Laos ist das erste ÖRK-Mitglied aus dem südostasiatischen Land. Mit rund 100.000 Gläubigen ist sie die größte Kirche in Laos. Sie pflegt gute Beziehungen zu den anderen christlichen Gemeinschaften vor Ort sowie zur buddhistischen Mehrheitsbevölkerung. Seit 1967 ist die Evangelische Kirche von Laos Mitglied in der Asiatischen Christlichen Konferenz. Die Unabhängige Presbyterianische Kirche von Brasilien engagiert sich bereits im Lateinamerikanischen Rat der Kirchen (CLAI) und im Reformierten Weltbund. Sie entstand 1903 aus dem Wunsch nach Unabhängigkeit von nordamerikanischen Missionaren. Bereits in den 1930-er Jahren beteiligte sie sich an einem gesellschaftskritischen ökumenischen Jugendprojekt. Zur „Igreja Presbiteriana Independiente do Brasil“, so der Name in der Landessprache, gehören etwa 95.000 Mitglieder.

Der ÖRK umfasst rund 560 Millionen Christen in 349 Kirchen und Gemeinschaften aus über 110 Ländern, was etwa 25 Prozent der Weltchristenheit entspricht. Zu ihnen zählen die Mehrzahl der orthodoxen Kirchen, Kirchen aus der protestantischen Reformation, wie Anglikaner, Baptisten, Lutheraner, Methodisten und Reformierte, einige Pfingstkirchen sowie vereinigte und unabhängige Kirchen. Die römisch-katholische Kirche, die Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten, die Heilsarmee, die meisten Pfingstkirchen und zahlreiche evangelikale Kirchen gehören nicht dem Ökumenischen Rat der Kirchen an.

(1.517 Zeichen)

### „Liberales Christentum wird nicht lange überleben“

Genf/Schweiz, 26.02.2008/APD Der Russisch-Orthodoxe Bischof Hilarion Alfeyev (42) von Wien und Österreich sowie Vertreter des Moskauer Patriarchats bei den Europäischen Organisationen sagte dem liberalen Christentum den Untergang voraus. „Das liberale Christentum wird nicht lange überleben, und die ‚Politische Korrektheit‘ im christlichen



Umfeld ist zum Sterben bestimmt“, erklärte Hilarion vor den Delegierten der Zentralaussschuss-Sitzung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Genf.

„Ich möchte ausdrücklich vor den Gefahren des liberalen Christentums warnen“, so der Bischof, denn dieser theologische Trend spalte seit Jahrzehnten die Christenheit. „Man kann heute nicht mehr von einer christlichen Moral sprechen, weil die Grundsätze ‚traditioneller‘ und ‚liberaler‘ Christen gänzlich verschieden sind und sich der Abgrund zwischen den beiden Flügeln der heutigen Christenheit rapide vergrößert.“

„Wir hören von einigen christlichen Führern“, kritisierte Hilarion, „dass eine Ehe zwischen einem Mann und einer Frau nicht mehr die einzige Option zur Gründung einer christlichen Familie sei, dass es andere Arten von Lebenspaaren geben könne, und dass die Kirche diese alternativen Lebensformen anerkennen und ihnen ihren Segen geben müsse.“

Der orthodoxe Bischof ging in seiner Rede auch auf den Lebensschutz ein. „Wir haben gehört, dass das menschliche Leben ein verhandelbarer Wert ist, so dass es im Mutterleib abgetrieben werden kann“. Angesichts solcher Positionen fragte er sich: „Wo bleibt das Christentum? Wo bleibt die prophetische Stimme der Christen in einer konfusen und desorientierten Welt?“

Im Namen des Moskauer Patriarchen bekräftigte Hilarion: „Unsere Mission ist es, zu verkünden, was Christus verkündigt hat, zu lehren, was uns die Apostel gelehrt haben, und weiterzugeben, was unsere Kirchenväter uns weitergegeben haben. Das ist das Zeugnis, welches die Menschen von uns erwarten.“

Der orthodoxe Bischof kritisierte auch die jüngste Wortmeldung des anglikanischen Erzbischofs von Canterbury, Rowan D. Williams, der meinte, man könnte Teile der Scharia in das britische Rechtssystem aufnehmen. Nach Hilarion sei es zu einer „paradoxen Situation“ gekommen, denn „es ist nicht unsere Aufgabe, die Scharia zu verteidigen, alternative Lebensstile und säkulare Werte zu fördern. Unsere Aufgabe ist es, zu verkünden, was Christus verkündigt hat.“

(2.089 Zeichen)

### Internationale Ökumenische Friedenskonvokation 2011 auf Jamaika

Genf/Schweiz, 26.02.2007/APD Die jamaikanische Hauptstadt Kingston wird im Mai 2011 Schauplatz der „Internationalen Ökumenischen Friedenskonvokation“, beschloss der Zentralaussschuss des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) in Genf. Die Konvokation stelle eine Art Erntedankfest der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ dar, erklärte Pfarrer Dr. Geiko Müller-Fahrenholz, der die Vorbereitungen für 2011 im ÖRK koordiniert.

Pfarrer Dr. Fernando Enns, Vorsitzender der Steuerungsgruppe für die „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ (2001-2010), sieht in der Friedenskonvokation eine Gelegenheit, Erfolgsbeispiele für Friedensarbeit ins Rampenlicht zu rücken und so zu beweisen, dass ein besserer Weg möglich sei, als Gewalt mit Gegengewalt zu beantworten.

Während der Plenarsitzung zur Friedenskonvokation erfuhren die Mitglieder des Zentralaussschusses von verschiedenen Initiativen der Mitgliedskirchen: unter anderem von den "Schritten gegen Tritte", mit denen sich die evangelische Landeskirche Hannovers für Gewaltlosigkeit an den Schulen stark mache. Pfarrer Dr. Moiserale Prince Dibeela berichtete, wie die Vereinigte Kongregationalistische Kirche des südlichen Afrika sich gegen Gewalt im Geschlechterverhältnis engagiere. Dazu gehöre für ihn auch, Jungen und Männern ein positives männliches Rollenbild zu vermitteln, das Eigenschaften, wie Verletzlichkeit, Kreativität und Fürsorglichkeit, einschließe. Gegenüber Pressevertretern erwähnte er zudem die Rolle der Kirchen in seinem Heimatland Botswana an der erfolgreichen Lobby-Arbeit für ein Gesetz gegen häusliche Gewalt. Pater Gosbert Byamungu, der als Beobachter für den Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen an der Tagung des Zentralaussschusses teilnimmt, bekräftigte das Bekenntnis der römisch-katholischen Kirche zu der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“, an der sie von Anfang an mit beteiligt sei.

„Friedensarbeit und die Frage nach christlicher Einheit hängen eng zusammen“, erklärte der deutsche mennonitische Theologe Enns. Während der Sitzung fragte er Müller-Fahrenholz, warum er sich in der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ engagiere, statt seinen Ruhestand zu genießen. Der altgediente Friedenstheologe erwiderte: „Wie könnte ich meine beiden kleinen Enkelsöhne lieben und nicht Einspruch erheben gegen die Mächte der Gewalt?“

Die 9. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen im Februar 2006 in Porto Alegre/Brasilien beschloss, dass zum Abschluss der „Dekade zur Überwindung von Gewalt“ im Jahr 2010 eine „Internationale Ökumenische Friedenskonvokation“ (IÖF) organisiert werde. Die auf Jamaika 2011 stattfindende IÖF soll unter dem Motto „Ehre sei Gott und Friede auf Erden“ auf den Frieden Gottes als Geschenk und Auftrag für die ganze Welt hinweisen. Sie verfolgt das Ziel, die Friedenshaltung der Kirchen zu klären und zu stärken, Gelegenheiten zur Netzworkebildung zu schaffen und die gemeinsame Verpflichtung der Christen zu Frieden und Versöhnung zu vertiefen. Die Entscheidung für Kingston ist in gewisser Weise eine Rückkehr an den Ursprung der ökumenischen Friedensarbeit. Die jamaikanische Hauptstadt war eine von fünf Städten auf verschiedenen Kontinenten, die zum Auftakt der Dekade an der Initiative „Friede für die Stadt“ teilnahmen. (2.872 Zeichen)

### ÖRK-Generalsekretär Kobia verzichtet auf Wiederwahl

Genf/Schweiz, 26.02.2008/APD Während der in Genf tagenden Zentralaussschuss-Sitzung des Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) stand auch die Wahl des ÖRK-Generalsekretärs auf dem Programm. Einziger Kandidat war der seit Januar 2004 amtierende Methodistenpfarrer Samuel Kobia aus Kenia. Wie der ÖRK überraschend mitteilte, hat Kobia nach neunstündigen Beratungen den Mitgliedern des Zentralaussschusses während einer nichtöffentlichen Sitzung mitgeteilt, dass er keine zweite Amtszeit mehr anstrebe. Für seine unerwartete Entscheidung nannte der Generalsekretär persönliche Gründe.

Der ÖRK-Zentralaussschuss berief daraufhin einen Findungsausschuss, um die Suche nach einem neuen Generalsekretär einzuleiten. Die Wahl eines neuen Generalsekretärs oder einer Generalsekretärin des ÖRK ist erst während der nächsten Tagung des Zentralaussschusses im September 2009 möglich.

„Der Zentralaussschuss hat die Nachricht mit Bedauern entgegengenommen, aber er akzeptiert die Entscheidung des Generalsekretärs. Wir wollen seine Entscheidung und seine Privatsphäre respektieren“, sagte der Vorsitzende des ÖRK-Zentralaussschusses, Pfarrer Dr. Walter Altmann. „Wir möchten unsere tiefe Dankbarkeit zum Ausdruck bringen für die aufopferungsvollen Dienste, die er dem Rat als Generalsekretär seit Januar 2004 geleistet hat.“

Kobia ist der erste Afrikaner, der zum ÖRK-Generalsekretär gewählt wurde. Er ist auch ein ehemaliger Generalsekretär des Nationalen Kirchenrats von Kenia. Vor seiner Ernennung zum Generalsekretär in Genf diente er dem ÖRK bereits als Direktor der Programmeinheit „Gerechtigkeit, Frieden und Schöpfung“ und als Direktor des Arbeitsbereiches „Themen und Problembereiche“. Zu Beginn des Zentralaussschusses kam aus den Reihen der Delegierten Kritik an der Amtsführung von Kobia. Die Programmarbeit des Weltkirchenrates ufere aus und der Generalsekretär verbringe zu viel Zeit mit Reisen. Auch sein an einer staatlich nicht anerkannten Einrichtung in den USA erworbener Dokortitel habe irritiert.

(1.787 Zeichen)

## ADRA - Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe

### Eisige Kälte bedroht Menschen im Norden Afghanistans

Weiterstadt bei Darmstadt, 26.02.2008/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA Deutschland hat einen ersten Transport mit Nahrungsmitteln und

Heizmaterial in die afghanische Provinz Jawzjan geschickt. Laut dem Direktor von ADRA Afghanistan, Vinod Nelson, werde der Norden des Landes von einem der härtesten Winter seit 15 Jahren heimgesucht. „Über 300 Menschen sind bisher als Folge der Kälte ums Leben gekommen“. Besonders in den höheren Lagen seien extrem niedrige Temperaturen aufgetreten. „Als Folge leidet eine große Zahl der Bevölkerung in den nördlichen Gebirgsgegenden häufig vier bis sechs Monate lang unter der extremen Kälte.“ Diesmal habe es aber auch tiefer gelegene Regionen getroffen, in denen es solch extreme Winter normalerweise nicht gebe. „Dort traf die Kältewelle die Bewohner völlig unvorbereitet“, teilte Nelson mit.

ADRA-Mitarbeiter Massoud Krami, selbst Afghane und Student für Internationale Sozialwissenschaften an der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, berichtete nach seiner Rückkehr aus Kabul: „Man kann nicht sagen, dass die Afghanen in dieser Gegend harte Winter gewohnt sind. Sie haben keine Mäntel oder dicken Jacken, die sie vor Kälte schützen, die Schuhe sind manchmal nur Plastikschuhe, die sie ohne Socken tragen.“ Spenden können unter dem Stichwort „Afghanistan“ auf das ADRA-Konto 2000 702 09 bei der Dresdner Bank Darmstadt (BLZ 508 800 50) überwiesen werden.

(1.298 Zeichen)

#### Weiterhin Hilfe für von Unruhen betroffene Kenianer

Nairobi/Kenia, 26.02.2008/APD Die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe ADRA betreut zur Zeit in der kenianischen Provinz Rift Valley in Flüchtlingslagern der Distrikte Navaisha, Kipkelion und Nakuru über 24.000 von Unruhen nach den Präsidentschaftswahlen betroffene Menschen. Sie erhalten Kochtöpfe, Kleidung, Decken, Moskitonetze und Seife. Etwa eintausend von ihnen bereiten sich mit Hilfe von ADRA auf ihre Heimkehr vor. Rund zweitausend werden medizinisch betreut. Außerdem sind von ADRA International Container mit Kleidung und Krankenhausbedarf im Wert von 15 Millionen US-Dollar (10,25 Millionen Euro) per Schiff nach Kenia unterwegs. Auf dem Luftweg trafen Medikamente im Wert von fast 500.000 US-Dollar (340.800 Euro) zur Verteilung an Kliniken in der Provinz Rift Valley ein. ADRA-Schwesterorganisationen aus Deutschland, Finnland, Norwegen, Schweden, Großbritannien, Australien und Kanada unterstützen die Hilfsmaßnahmen

ADRA Kenia hat in Zusammenarbeit mit dem Wohn- und Siedlungsprogramm der Vereinten Nationen (UN-Habitat) in den Distrikten Kisili und Homa Bay der Nyanza Provinz 30 Waisenhäuser an die Trinkwasserversorgung angeschlossen und für sie Latrinen gebaut. Von ADRA ausgesandte mobile medizinische Einsatzkräfte betreuen Kranke in den Distrikten Naivasha und Nakuru in der Rift Valley Provinz sowie im für Flüchtlinge herge-

richteten Moi-Stadion in Kisumu (Nyanza Provinz). In Eldoret erhielten 1.000 Flüchtlinge Kochtöpfe, Hygieneartikel, Kleidung, Decken, Moskitonetze und Wasserreinigungstabletten. Im Naivasha Distrikt haben Hunderte Schutz in Polizeistationen gefunden. Sie werden mit Lebensmitteln und Trinkwasser versorgt und Traumatisierte psychologisch betreut.

ADRA Kenia arbeitet bei den Hilfsmaßnahmen unter anderem mit dem Gesundheitsministerium, dem Kenianischen Roten Kreuz, der National Alliance of Churches und den adventistischen Kirchengemeinden vor Ort zusammen. Im Januar verteilte das Hilfswerk 320 Tonnen Lebensmittel und Dinge des täglichen Bedarfs an etwa 81.000 Flüchtlinge. In Kenia sollen rund 300.000 Menschen aus Angst vor Übergriffen ihre Häuser verlassen haben und 1.000 getötet worden sein. (1.927 Zeichen)

#### Sanitäranlagen für Flüchtlinge

Kousseri/Kamerun, 26.02.2008/APD Aufgrund der zeitweisen Eroberung großer Teile ihrer Hauptstadt N'Djamena durch Rebellen sind über 50.000 Tschader in den Norden Kameruns geflohen. Für 8.000 von ihnen hat die Adventistische Entwicklungs- und Katastrophenhilfe im Maltam-Flüchtlingslager, etwa 25 Kilometer von der Grenzstadt Kousseri entfernt, 100 Latrinen, 25 Duschen und vier Gruben zur Abfallbeseitigung eingerichtet. (397 Zeichen)

## Rundfunk

#### Radiolizenz für „Stimme der Hoffnung“

Alsbach-Hähnlein bei Darmstadt, 26.02.2008/APD Das Medienzentrum „Stimme der Hoffnung“ der evangelischen Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Alsbach-Hähnlein erhielt von der Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien (LPR Hessen) die offizielle Zulassung zur Veranstaltung und Vertreibung ihres „Hope Channel“-Hörfunkprogramms per Satellit und Internet. „Hope Channel Radio“ sendet seit 2006 rund um die Uhr. Das Programm ist im Internet unter [www.hopechannel.de](http://www.hopechannel.de) oder über den Satelliten Eutelsat-Hotbird im TV-Kanal von „Hope Channel 2“ zu empfangen.

„Mit den Radiosendungen möchte ‚Die Stimme der Hoffnung‘ ihren Zuschauern Lebenshilfe leisten und Menschen auf verständliche und zeitgemäße Weise zur persönlichen Beschäftigung mit der Bibel und dem christlichen Glauben anregen“, erläuterte der Leiter des Medienzentrums, Pastor Matthias Müller. Die Programminhalte seien ganzheitlich wertorientiert und befassten sich mit unterschiedlichen Sachgebieten, wie beispielsweise Gesundheit, Familie, Erziehung, Spiritualität und Bildung. Die „Stimme der Hoffnung“ wurde 1948 in Berlin-Zehlendorf gegründet und ist damit das älteste Privatradio in Deutschland. (1.063 Zeichen)

### 30 Jahre adventistisches Radio in Österreich

Wien/Österreich, 26.02.2008/APD 1978 begann Rudolf Tauscher im Auftrag der Kirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Österreich, Hörfunkprogramme für die „Stimme der Hoffnung“ zu produzieren. Durch neue Sendeformen, professionelle Sprecher und zeitgemäße Gospelmusik entstanden Tausende Sendungen, die bis 2006 europaweit über Kurzwelle ausgestrahlt wurden. In den ersten 13 Jahren befand sich das Tonstudio von „Adventist World Radio Austria“ in einer kleinen Dachkammer am Rande Wiens. Erst 1991 wurde ein modernes Studio in Wien eingerichtet, das Pastor Christian Vogel bis 2007 leitete.

Ab 1982 konnten in Österreich durch Radio UNO 2 auf UKW Sendungen der „Stimme der Hoffnung“ in Kärnten und Randgebieten der Steiermark an Sonn- und Feiertagen empfangen werden. Ab Ende der 1980er Jahre wurden 3-Minuten „Salzstreuer“-Sendungen produziert und zusätzlich jeden Tag über die Sendekette „Antenne Austria“ ausgestrahlt. Durch den Wegfall des Rundfunkmonopols in Österreich Mitte der 1990er Jahre entstanden zahlreiche lokale private Radiostationen, bei denen heute sonntags auch Sendungen von AWR Austria zu hören sind. Die Programme von AWR Austria sind inzwischen Bestandteil von „Hope Channel Radio“ und können im Internet unter [www.hopechannel.de](http://www.hopechannel.de) oder über den Satelliten Eutelsat-Hotbird im TV-Kanal von „Hope Channel 2“ empfangen werden.

In den vergangenen drei Jahrzehnten entstanden viele Sendereihen, wie „Bestseller Bibel“, „Reformation damals, Reformation heute“, „Im Klartext“ oder „Leben im 3. Jahrtausend“. Anlässlich des 30-jährigen AWR Austria-Jubiläums sind im März-Programm des „Hope Channel Radio“ einige Sondersendungen zu hören. Unter anderem wird das erste produzierte Programm, welches zu Ostern 1978 gesendet wurde, noch einmal ausgestrahlt. Im Rahmen dieser Sendungen berichtet das Produktionsteam aus dem Studio Wien über die Geschichte des Adventistischen Radios in Österreich. (1.688 Zeichen)

## Bibel

### Erste vollständige Bibel in Sérère

Stuttgart, 26.02.2008/APD Die Bibel in der Sprache Sérère ist im Senegal erschienen. Wie die Deutsche Bibelgesellschaft, Stuttgart, mitteilte, handele es sich um die erste vollständige Übersetzung der Heiligen Schrift in einer der im Senegal existierenden Landessprachen überhaupt. Das 1974 begonnene Übersetzungsprojekt wurde gemeinsam von der Finnischen Lutherischen Mission, der Senegalesischen Bibelgesellschaft und weiteren christlichen Organisationen verwirklicht. Bereits 1987 konnten die Arbeiten am Neuen Testament abgeschlossen werden.

Im Senegal gibt es insgesamt 35 Sprachen. In einige von ihnen wurden bereits das gesamte Neue Testament oder Teile der Bibel übersetzt. Eine komplette Bibel lag aber bislang nur in der Amtssprache Französisch und im westafrikanischen Kreolisch vor. Knapp ein Zehntel der rund zwölf Millionen Einwohner versteht sich mit Sérère. Damit gehört die Sprache zu den am weitesten verbreiteten des Landes. Die ehemalige französische Kolonie Senegal ist vorwiegend vom Islam geprägt. Sunnitische Muslime machen 94 Prozent der Bevölkerung aus. Christen, meist Katholiken, bilden eine Minderheit von fünf Prozent. Etwa ein Prozent der Senegalesen praktiziert traditionelle Religionen. (1.091 Zeichen)